

## Pressemitteilung

### Anti-Dumping Maßnahmen vor dem Aus?

Die Vorgehensweise der EU-Kommission sorgt für Bewegung in der Schuhbranche. Demnach hat die Brüsseler Kommission ein Papier an die EU-Mitgliedsstaaten verschickt, in dem sie eine 15-monatige Verlängerung der Strafzölle auf Schuhe mit Lederobermaterial aus China und Vietnam begründet. „Bei diesem Papier handelt es sich noch nicht um einen Vorschlag der Kommission“, erläutert Manfred Junkert, Hauptgeschäftsführer des HDS. Im Gegenteil: Ziel dieser Vorgehensweise ist ausschließlich die Meinungsfindung unter den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Die Kommission unter Vorsitz der EU-Handelskommissarin Lady Ashley hat bislang keine Entscheidung für bzw. gegen eine Verlängerung der Strafzölle gefällt. Die endgültige Entscheidungsfindung soll durch eine Abstimmung (Mehrheitsentscheidung) unter den EU-Staaten herbeigeführt werden.

Den gut aufgestellten, wettbewerbsfähigen Schuhanbietern fügen die Strafzölle erheblichen Schaden zu. Die unmittelbar bei der Einfuhr zu zahlenden Strafzölle verursachen unnötige Kosten und zusätzliche Liquiditätsbelastungen für die meist mittelständisch geprägten Unternehmen, so die einhellige Meinung der Mitglieder der European Footwear Alliance, zu der auch der Bundesverband der Schuhindustrie als Gründungsmitglied gehört. Die European Footwear Alliance setzt sich gemeinsam mit weiteren europäischen Schuhherstellern aktiv gegen eine Verlängerung der Strafzölle ein.

Die durch die Anti-Dumping-Maßnahmen zwangsläufig hervorgerufenen höheren Preise beeinträchtigen darüber hinaus die gesamte Schuhhandelslandschaft in extremem Maße. Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage sind Preissteigerungen im Handel nicht realisierbar und würden zwangsläufig die Kaufzurückhaltung der Verbraucher forcieren.

Die von der EU-Kommission durchgeführten Untersuchungen innerhalb der Schuhindustrie sind nicht repräsentativ. Die acht von der EU-Kommission analysierten, nicht namentlich benannten Unternehmen entsprechen lediglich 3% des gesamten Marktes. „Generell haben die Strafzölle bislang in keiner Weise dazu geführt, die Verlagerung der Produktion nach Fernost zu stoppen“, resümiert Manfred Junkert. „Ziel unserer Bemühungen muss es vielmehr sein, durch die Produktionsverlagerung nach Fernost in Europa hoch qualifizierte Jobs in den Bereichen Design, IT, Service und Marketing zu sichern.“

Ralph Rieker, Vorsitzender des HDS und CEO des Kinderschuhherstellers Ricosta, stellt die Verlängerung der Strafzölle generell in Frage. „Der Vorschlag der Kommission, die Anti-Dumping-Maßnahmen um weitere 15 Monate zu verlängern, ist völlig sinnlos. Wenn diese 15 Monate vergangen sind, lässt sich eine erneute Verlängerung nicht umgehen, da man eine weitere 15-monatige Überprüfung der Strafzölle vornehmen wird. Und was dann? Zu diesem Zeitpunkt werden wir fast zwei Dekaden von Protektionsmaßnahmen gegenüberstehen, ohne dass sich die wirtschaftliche Realität in irgendeiner Form verändert hat.“

Offenbach, 20. Oktober 2009  
HDS/cs

Bei Rückfragen:  
Dr. Claudia Schulz  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit HDS  
Berliner Str. 46  
63065 Offenbach  
Tel.: 069/829741-10  
E-mail: c.schulz@hds-schuh.de